

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

zur Erklärung der Bundesregierung

zur Lage in der Golfregion und in Litauen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt mit großer Besorgnis um den Frieden in der Golfregion fest:

Alle bisherigen Versuche, den Konflikt um Kuwait mit friedlichen Mitteln zu lösen, sind ohne Erfolg geblieben. Die irakische Führung weigert sich nach wie vor, die gewaltsame und widerrechtliche Annexion Kuwaits rückgängig zu machen und ihre Truppen aus dem besetzten Kuwait zurückzuziehen.

Die Friedensmission des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, die von der Bundesregierung, von ihren europäischen Partnern und von ihren atlantischen Verbündeten mit großem Nachdruck unterstützt wurde, ist ohne greifbares Ergebnis geblieben.

Der Deutsche Bundestag richtet an die Führung des Irak den dringenden Aufruf,

- die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen unverzüglich zu befolgen,
- den Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait sofort einzuleiten und
- damit den Weg für eine friedliche Lösung der Golfkrise im letzten möglichen Augenblick freizugeben.

Der Deutsche Bundestag weist alle Versuche der irakischen Führung zurück, die Räumung Kuwaits immer weiter hinauszuschieben durch die Verknüpfung mit Fragen, die nicht Ursache für die Besetzung Kuwaits waren.

Die Besetzung Kuwaits verhindert die Lösung der Probleme der Region. Die sofortige Räumung Kuwaits würde den Weg freimachen für verstärkte Anstrengungen um diese Fragen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die erklärte Bereitschaft der Bundesregierung und ihrer europäischen Partner, sich nach Lösung des Golfkonflikts mit noch größerem Nachdruck als bisher den anderen Problemen der Region zuzuwenden.

Der Deutsche Bundestag hält insbesondere neue Anstrengungen für erforderlich, auch im Nahen Osten eine dauerhafte Friedensordnung zu erreichen, die das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes mit dem Recht aller Staaten der Region einschließlich Israels, in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben, in Einklang bringt und ihnen Stabilität und Entwicklung sichert.

Entsprechend den wiederholten Beschlüssen des Europäischen Rats wäre eine Internationale Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen hierfür der geeignete Rahmen.

Bonn, den 14. Januar 1991

Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Mischnick und Fraktion